

Tino Chrupalla

- (A) Zum Schluss. Ich bin dafür, dass wir an nachfolgenden Generationen echte Werte weitergeben und nicht nur Grenzwerte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Astrid Grotelüschen, CDU/CSU, ist die nächste Rednerin.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Astrid Grotelüschen (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir debattieren heute einen Gesetzentwurf, der in seiner, ich nenne es mal, nett formuliert, Ahnungslosigkeit dem zugehörigen Thema in keinsten Weise gerecht wird; denn bei der Wiedereinführung der Meisterpflicht gilt es, wie bei guter handwerklicher Arbeit üblich, sich an den Kundenwünschen zu orientieren, vom Ende her zu denken, das richtige Werkzeug auszuwählen und in der Umsetzung große Sorgfalt und alles verfügbare Fachwissen anzuwenden.

Die Kollegen von der AfD machen es sich mit ihrem Gesetzentwurf da etwas einfach, und sie machen es vor allen Dingen etwas grobmotorischer: Sie stülpen allen ihre Vorstellungen auf, blenden Machbarkeit komplett aus, nehmen den Vorschlaghammer und hauen ohne großes Nachdenken drauf. Das jedoch wird der Vielfalt im Handwerk nicht gerecht. Wären Sie bei der Anhörung im Wirtschaftsministerium Anfang Juni aufmerksam oder überhaupt dabei gewesen – ich habe niemanden von Ihnen dort getroffen –, wüssten Sie, dass es unter den 53 eingeladenen Gewerken einige gibt, die der Wiedereinführung skeptisch gegenüberstehen

(Tino Chrupalla [AfD]: Drei!)

und die sich auch nicht, wie Sie es schreiben, im Kern destabilisiert und in ihrem Fortbestand gefährdet sehen. Das gilt es anzuerkennen und in die Überlegungen in dieser Debatte mit einzubeziehen.

Darüber hinaus – ich sagte es schon – sehen Sie vieles wirklich viel zu einfach. Das zeigt zum Beispiel Ihre Forderung, dass sich Altgesellen, die sich nach 2004 in ihrem Beruf selbstständig gemacht haben, innerhalb von zwei Jahren einen Meistertitel erarbeiten sollen.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Irre!)

Nur zum Verständnis: Eine Meisterausbildung dauert in Vollzeit ein bis zwei Jahre. Für Menschen, die einen Betrieb führen, Mitarbeiter beschäftigen, ihre Familie ernähren sollen, wäre eine berufs begleitende Aufstiegsfortbildung mit drei bis vier Jahren zum Beispiel realistischer. Sie wollen also diejenigen, die sich in den letzten 15 Jahren nach geltendem Recht selbstständig gemacht haben, bestrafen. Sie meinen ganz lapidar, dass die finanziellen Aufwendungen für Ihre Zwangsmaßnahme durch die selbstständigen Handwerksgelesen finanziert werden sollen. Das widerspricht nicht nur jeglicher markt-

wirtschaftlichen und sozialen Logik, sondern ist auch rechtlich nicht in Ordnung. (C)

Wir von der CDU/CSU-Fraktion hingegen fordern getreu dem Rechtsstaatsprinzip einen klaren Bestandschutz für Gründer, die die letzten Jahre in Gewerken der Anlage B1 ihren Beruf ausüben, auch nach Einführung der Meisterpflicht. Ich denke, es wird Sie daher insgesamt nicht verwundern, wenn wir Ihren Gesetzentwurf ablehnen werden.

Nun zum Eigentlichen, liebe Kollegen. Seit unserem Parteibeschluss 2016 – auch da möchte ich, dass Sie die Ohren spitzen; auch schon davor haben wir über dieses Thema diskutiert und haben Beschlüsse gefasst – fordern wir als CDU eine Wiedereinführung des Meisters – grundgesetz- und europarechtskonform. In dem Spannungsfeld, in dem wir uns befinden – das Thema „freie Berufswahl und Berufsausübung in Deutschland“ zum Beispiel –, haben wir im April in dieser Koalition ein umfassendes Verfahren in Gang gesetzt, nicht weil Sie das beantragt haben, sondern weil wir wussten, dass wir eine intensive Diskussion brauchen, und vor allen Dingen, weil wir einen transparenten Austausch ermöglichen wollen. Seit Mai war es den betroffenen Gewerken deshalb möglich, schriftlich Stellung zu nehmen; im Juni war es auch mündlich möglich. Als Abgeordnete – ich denke, da geht es Ihnen allen nicht anders, liebe Kolleginnen und Kollegen – erreiche ich fast täglich Zuschriften von Kammern, Verbänden, von einzelnen Unternehmern, die sich in der einen oder auch anderen Form gegen die Wiedereinführung oder für die Wiedereinführung des Meisterbriefes aussprechen. Allen Interessierten gilt daher der Hinweis: Die Frist für schriftliche Stellungnahmen läuft noch. Beteiligen Sie sich bei Interesse. Dazu braucht man nur auf die Seiten des Ministeriums zu schauen. (D)

Nun, als vorerst letzten Zwischenschritt, haben wir am Mittwoch dieser Woche Wissenschaftler und Vertreter der Sozialpartner im Wirtschaftsausschuss angehört. Im Mittelpunkt standen dabei die Rahmenbedingungen, die erfüllt werden sollen, um den Meister für einige Gewerke rechtskonform – ich sagte es bereits – wieder einzuführen. Ich denke, das fällt unter das Stichwort „Kundenwünsche“. In den kommenden Wochen und Monaten wird das Wirtschaftsministerium dann die eingegangenen Stellungnahmen und die Strukturdaten auswerten und konkrete Vorschläge vorlegen.

„Warum tun wir das alles?“, wird sich mancher fragen. Meister, Handwerk, ist das nicht alles von gestern? Im Gegenteil, meine Damen und Herren: Es gibt zwei Wege, eine Karriere zu starten. Der eine ist der akademische Weg, der andere ist der berufliche Weg mit einer erstklassigen dualen Ausbildung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Manfred Todtenhausen [FDP])

Dessen Aushängeschild ist der Meister, die Meisterin. Mit der Wiedereinführung wollen wir insbesondere – das ist auch gesellschaftspolitisch ganz wichtig – jungen Menschen ein Signal geben: Du machst, wenn du dich für diese Berufsausbildung entschieden hast, am Ende nicht etwa eine Tätigkeit, die jeder machen kann, sondern du hast einen Mehrwert. Mach deinen Meister, dann kannst

Astrid Grotelüschen

- (A) du dich selber entfalten. Du kannst ein Unternehmen führen, du kannst Mitarbeiter anstellen, und du kannst wiederum ausbilden.

Wir wollen dazu beitragen, dass das Handwerk wieder stärker aus sich selber heraus wächst. Wir wollen den sinkenden Zahlen an Meisterprüfungen in den liberalisierten Gewerken entgegentreten; denn wenn weniger Menschen eine Meisterprüfung ablegen, können auch weniger Menschen ausgebildet werden. Weniger Meister und Gesellen bedeutet aber auch, dass weniger Menschen die traditionsreiche Handwerkskultur weitertragen. Damit ginge uns allen auch ein Stück weit Identität verloren. Auch dieser Aspekt kann für junge, aufstrebende Nachwuchskräfte ein Ansporn sein, nämlich Teil dieser exzellenten Gruppe zu werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit unserem transparenten und, wie ich finde, sehr offenen Prozess werden die Stärken des Handwerks in den Fokus gerückt. Wir treten Fehlentwicklungen entgegen. Wir erhöhen die Widerstandskraft der Betriebe am Markt und schaffen so Arbeitsplatzsicherheit und erhöhen damit den Verbraucherschutz. Ein letzter, aber für uns trotzdem nicht weniger wichtiger Punkt ist, dass wir mit einem fachlich und in der wirtschaftlichen Breite gut aufgestellten Handwerk in der Lage sind, die reichen Kulturschätze – hören Sie genauer zu! –, die wir unserer jahrhundertealten Handwerkstradition verdanken, adäquat zu erhalten – mal ganz abgesehen davon, dass das Handwerk an sich schon ein erhaltenswertes Kulturgut ist, das früher und auch heute noch Tradition mit Innovation verband bzw. verbindet und damit eine tragende Säule unseres Mittelstandes ist, der unsere Unterstützung mehr als verdient hat.

(B)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Manfred Todtenhausen, FDP, ist der nächste Redner.

(Beifall bei der FDP – Dr. Stefan Ruppert [FDP]: Jetzt kommt der Höhepunkt der Debatte!)

Manfred Todtenhausen (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Kollegen von der AfD, was haben Sie sich denn da geleistet? Ich bin erstaunt über diesen Gesetzentwurf. Er ist an Ahnungslosigkeit, an Unwissenheit kaum zu überbieten. Die Gleichgültigkeit, mit der Sie dieses Papier gemacht haben, zeigt deutlich, wie wenig wahres Interesse die AfD am Handwerk hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Einfach mal was raushauen, irgendwas wird schon hängen bleiben: So kennen wir Sie. Ich habe das Gefühl: Da haben Sie einem jungen Praktikanten die Chance gege-

ben, mal einen herausragenden Gesetzentwurf zu schreiben. (C)

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist dem Praktikanten gegenüber unfair! Der arme Praktikant!)

– Ich komme gleich dazu. – Der hat drei Tage darüber geschwitzt und hat dann einfach Ihren alten Antrag mit „kopieren und einfügen“ in diesen Gesetzentwurf gepackt. Dabei wurden wieder dieselben Fehler gemacht wie beim letzten Mal. Lassen Sie sich doch endlich mal den Unterschied zwischen Handwerkskammer und IHK erklären! In Ihrer Begründung bringen Sie schon wieder alles durcheinander. Das kann man auch an Ihren inhaltlichen Forderungen erkennen.

In der letzten Sitzungswoche – wir haben das schon gehört – gab es im Wirtschaftsministerium eine zweitägige Anhörung zur Meisterpflicht. Alle Gewerke, die die Meisterpflicht zurückhaben wollten oder auch nicht, konnten ihre Argumente vorbringen. Jeder Abgeordnete, den das Thema interessierte, konnte dort teilnehmen. Woher ich das weiß? Das kann ich Ihnen genau sagen: Ich habe wirklich zwei Tage bei der Anhörung verbracht. Ich habe mir Argumente pro und kontra angehört, habe viele Gespräche geführt. Außer mir waren gerade mal die Kollegin Poschmann und die Kollegin Grotelüschen wenigstens zeitweise da. Sie haben sich einen Eindruck verschafft. Aber wer war nicht da? Die Abgeordneten der AfD.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Stefan Ruppert [FDP]: Hört! Hört!) (D)

Jetzt spiegeln Sie wieder Ihr Interesse vor, etwas für das Handwerk tun zu müssen. Wenn Sie bei der Anhörung gewesen wären, wüssten Sie, dass nicht alle Gewerke – Sie sprechen von drei Gewerke – wieder zur Meisterpflicht zurückwollen. Sie wollen hier dem Handwerk etwas aufzwingen, was am Ende zur Zerschlagung von gut funktionierenden Unternehmen führt – zulasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wenn Sie bei der Anhörung gewesen wären, wüssten Sie auch, dass nicht für alle Gewerke, die gerne zur Meisterpflicht zurückwollen, eine ausreichende rechtliche Begründung vorhanden ist. Sie wollen hier also bewusst falsche Hoffnungen wecken, von denen Sie ganz genau wissen müssten, dass Sie sie enttäuschen müssen.

Das sollte spätestens auch am Mittwoch bei der Anhörung im Wirtschaftsausschuss verstanden worden sein. Ich war auch dort und hatte einen völlig anderen Eindruck als Sie.

(Zustimmung der Abg. Gabriele Katzmarek [SPD] – Claudia Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir alle!)

Da sah das eigentlich ganz anders aus. Da gab es nur begrenzten Zuspruch. Wie wir seit Dezember wissen, würden Ihre Anträge dem Meisterwesen eher schaden als